

Laibacher Tagblatt.

Redaction und Expedition: Bahnhofgasse Nr. 15

Nr. 271.

Pränumerationspreise:
für Laibach: Ganzj. fl. 8.40;
Anstellung ins Haus wirtsch. 25 fr.
Mit der Post: Ganzj. fl. 12.

Dienstag, 25. November 1879. — Morgen: Konrad.

Insertionspreise: Ein-
spaltige Petitzeile à 4 kr., bei
Wiederholungen à 3 kr., An-
zeigen bis 6 Zeilen 20 kr.

12. Jahrg.

Die politischen Tartüffes der Gemeindefrucht.

Noch niemals hat die nationale Fraction unserer Gemeindevertretung sich und ihrer Partei einen schlechteren Dienst erwiesen, als im Verlaufe der gestrigen Gemeinderathssitzung; noch niemals hat sie aber auch eine, wenn auch schonende, so doch erschöpfendere Zurechtweisung gefunden, als bei ihrem gestrigen Beginnen im Gemeinderathe, Regierungspartei spielen zu wollen und sich auf die Rolle eines Beschützers des Ministeriums einzulassen. Unser, im localen Theile dieses Blattes veröffentlichter Bericht wird die Leser über den Gang der Verhandlungen aufklären. Hier aber, an leitender Stelle, ist es unsere Pflicht, die allerdings sehr ungeschickt eingefädelt politische Intrigue zu entlarven, als deren eigentlicher Rädelshörer Baurath Potočnik in das Vordere treten trat.

War es denn wirklich nur das Bedenken gegen eine allenfällige Ueberschreitung des gemeinderäthlichen Wirkungskreises, welche den Gemeinderath Potočnik das Wort nehmen ließ, um gegen die vorgeschlagene Petition um einige Erleichterungen des Wehrgesetzes betreffs des Instituts der Einjährig-Freiwilligen, der Reserve und der Landwehr zu stimmen? Nein und abermals nein. Ohne sich weiters um den Inhalt der als Muster vorliegenden Petition des Grazer Gemeinderathes zu kümmern, griff man einfach nur die Meldung auf, daß es sich um eine Aenderung des Wehrgesetzes handle. Weil nun die Durchbringung des Wehrgesetzes allenthalben als eine Hauptaufgabe des Ministeriums Taaffe bezeichnet wird, so calculierte man weiter, daß diese Petition nur bestimmt sei, dem Ministerium Unannehmlichkeiten zu bereiten. Daß die in der Petition vorgeschlagenen Aenderungen mit der Wehrgezeßvorlage, wie sie demnächst im Reichsrathe zur Abstimmung gelangen

wird, schlechterdings gar nichts zu thun hat; daß vielmehr die Wink, welche diese Petition gibt, nur dazu dienen sollen, um der Regierung die Lösung ihres Versprechens bezüglich einzelner Erleichterungen der Militärpflicht zu erleichtern, wurde nicht beachtet. Tell-Potočnik glaubte „das Ministerium das theuere“ vor der Wuth des Landvogtes-Verfassungspartei beschützen zu müssen und legte einen Pfeil auf seine Armbrust, welche die liberale Partei ins Herz treffen und die Nationalen in hellichster Glorie regierungsfreundlicher Gesinnung zeigen sollte. Armer Tell-Potočnik! Diesmal hast du dein Geschloß gegen ein Nebelbild deiner eigenen erhitzten Phantasie entsendet, und zurückprallend traf es den Schützen selbst.

Unter dem Vorwande, im Gemeinderathe nicht zu politisieren, glaubt Herr Baurath Potočnik der Regierung alles aus dem Wege räumen zu müssen, was dessen Politik hindern könnte. Daß er unter diesen Hindernissen auch die von ihm angefeindete Petition erblickte, kann als Beweis der souveränen Gleichgiltigkeit dienen, mit welcher die nationale Partei alle sachlichen Erwägungen bei Seite läßt, wenn es sich darum handelt, das politische Steckenpferd zu tummeln. Und darauf kam es ja einzig und allein an, ohne Rücksicht auf die Interessen der Bevölkerung, ohne Achtung für die Wünsche der Wähler, welche durch die beantragte Petition gewahrt und gefördert werden sollten.

„Die Wehrheit des Abgeordnetenhauses geht mit unserer Partei, die Regierung ist uns freundlich gesinnt“ — das sind die Ausgangspunkte jener Logik, welche in der gestrigen Sitzung des Gemeinderathes aus nationalem Munde den wunderbar albernen Satz aussprechen ließ, Dinge, welche in die Competenz des Reichsrathes gehören, dürfen nicht im Gemeinderathe zur Verhandlung kommen! Einem föderalistisch gesinnten Abgeordnetenhaus, einem autonomistisch gesinnten Ministerium gegenüber würde man also gerne auf

das Petitionsrecht, auf eines der wichtigsten constitutionellen Rechte verzichten! Ja, wir sind überzeugt, daß dieselben Herren, welche in so überschwänglichen Tönen das Loblied der neuen Aera sangen, auch gegen den „Föderalismus mit despotischer Spitze“ nichts einzuwenden hätten. Zu solcher Absonderlichkeit, zu einer solchen Selbstverkümmernung sauer erworbenener Volksrechte führt die Politik einer Fraction, welche, an einzelnen politischen Schlagworten hängend, Freiheit und Volkswohl, Selbstbestimmungs- und Verfassungsrecht unbedenklich dahingeben würde, wenn man ihr dafür nur den Ausbau ihrer engherzig-nationalen Lustschlösser verheißt. Gemeinderath Potočnik hat nicht die Zeit gefunden, sich darüber zu unterrichten, ob denn die Wehrgezeßvorlage im Reichsrathe mir der im Gemeinderathe vorbereiteten Petition irgendwie zusammenhängt. Gleichwohl hat er mit aller Zuversicht des Bierbankpolitikers, welcher eine halbverstandene Zeitungsnote zur Grundlage eines ganzen Raisonnements macht, über den Petitionsantrag selbst ein Verdammungsurtheil abgegeben.

Derlei Dinge wären, um uns eines Ausdruckes des erwähnten Gemeindevortreters zu bedienen, „lächerlich“, wenn sie nicht gar zu ernst für die Bevölkerung wären. Letztere entsendet die Männer ihres Vertrauens in den Gemeinderath, um das Wohl der Gemeinde und ihrer Mitglieder zu wahren. Und nun finden die nationalen Gemeinderäthe in falsch verstandener Regierungsfreundlichkeit und überschwänglicher Parteidiscipline den traurigen Muth, gegen eine Petition zu protestieren, welche lediglich darauf hinausgeht, eine wenigstens theilweise Entlastung der Bevölkerung von den Bürden des Wehrgesetzes herbeizuführen. Man zerrt die Politik in die Gemeindefrucht, und um der Selbstblamage die Krone aufzusetzen, wird in demselben Athem, mit welchem man die im Interesse des Volkes beantragte Petition um theil-

Feuilleton.

Janos und Jonas.

Eine Erzählung aus Tirol von Adolf Pichler.

(Fortsetzung.)

Der Nikolausmarkt gehört zu den lustigsten Erinnerungen meiner Studentenzeit. In zwei langen Reihen zogen sich die Buden den Stadtplatz hinan, wo wir Knaben mit Wonne all' den bunten Kram betrachteten, der im hellen Lichte der Laternen und Ballons so glänzte und schimmerte, als hätt' ihn wirklich der Heilige vom Himmel geschickt; ach, wie herrlich wär es gewesen, die kleine Bronceanone zu besitzen und droben auf dem Spitzbügel abzufeuern! Nun, wir hatten entweder kein Geld oder zu wenig, und begnügten uns mit den Schleckern; wer eines geschickt zu schnipfen wußte, war auch ein Held!

Als Lehrer am Gymnasium besichtigte ich später mit einigen Collegen ebenfalls den Nikolausmarkt, um die Rangen etwas im Zaum zu

halten, wenn auch nicht gerade zu strafen; hatten wir es doch getrieben wie sie! Gefallen wollten mir die Sachen freilich nicht mehr so wie früher, der Markt ist auch in Abnahme, weil das liebe deutsche Christkind den welschen Nikolaus mit seinem fürchterlichen Klaubauf aus den Familien verdrängt; dafür beobachtete ich das Leben und Treiben der Volksmenge und erfreute mich an manchen Scenen, die den besten Genremaler der Mühe des Erfindens überhoben hätten. Ein solcher Auftritt ist mir noch vor Augen, er hängt mit unserer Geschichte zusammen. Handwerksbursche und Lehrlinge treiben viel Unfug; sehen sie ein Frauenzimmer ohne männliche Begleitung, so drängen sie sich auf Verabredung plötzlich um sie, schmieren ihr Ruß in's Gesicht oder hängen ihr Puppen an und stoßen sie dann mit wildem Gejohle hin und her, bis ein Polizeidiener oder eine mitleidige derbe Faust die Geängstigte befreit. Ich stand neben dem Stadtturm, plötzlich hörte ich wüthes Geheul und schrilles Pfeifen, ein Bauernmädchen wurde von den Schlingeln mißhandelt, zornig und resolut gab sie den Frechsten tüchtige Ohrfeigen, machte aber die Sache nur

schlimmer. Schon wollte ich ihr mit dem Rohrstock zuhilfe eilen, da sprang ein riesengroßer ungarischer Grenadiercorporal mitten in's Gedränge, theilte Püffe aus, warf den einen bei den Ohren, den andern bei den Haaren auf die Seite und pflanzte sich gewaltig wie Sanct Christoph neben das erschrockene Mädchen. Eh' sie ihm noch danken konnte, rief eine heifere Stimme aus einem nahen Hause: „Wo bleibst denn, du Hans?“

„Ich hab' für Broni ein paar Bänder gekauft,“ antwortete sie, indem sie den Grenadier schen anblickte.

„Geh, gib mir d' Hand Mabel,“ flüsterte dieser, „wo bist denn daheim?“

Da trat der Vater unter die Thüre, sie eilte schnell davon.

Der Ungar warf ihr einen Blitz seiner dunkeln Augen zu, besann sich, den schwarzen, spitzen Bart streichend, eine Weile und schloß sich dann einem Trupp Kameraden an.

Das war das erste Zusammentreffen von Janos Szalai und Gertraud Reuner. —

(Fortsetzung folgt.)

weise Abänderung des Wehrgesetzes als eine politische Kundgebung verdammt, ein Vertrauensvotum für die Politik des Grafen Taaffe verlangt! Braucht es mehr, um die innere Gehaltslosigkeit und den inneren Widerspruch jener Fraction zu kennzeichnen, welche gestern ihre eigene Inconsequenz in so drastischer Weise an den Pranger zu stellen für gut fand?

Wir beklagen die Verirrung der Männer, welche im Wahne, der Regierung einen Dienst zu thun, die Politik in die Gemeindestube zerrten und einem im Interesse der Bevölkerung vorgeschlagenen Schritte ein an dieser Stelle wenigstens gar nicht motiviertes Vertrauensvotum für das Ministerium Taaffe entgegensetzten: aber wir glauben auch, daß die jetzige Regierung in der That zu beklagen wäre, wenn sie ihre Stütze unter den Männern der gestrigen Opposition suchen müßte. Diese haben ihre Pflichten als Vertreter der Gemeinde verleugnet, ohne der Regierung irgendwie zu nützen. Ja, noch mehr: sie haben durch das Widerspruchsvolle ihrer gestrigen Haltung sich selbst zum Gespötte eines jeden redlichen Politikers gemacht und sich gezeigt als das, was sie sind: als die politischen Tartüffler der Gemeindestube!

Der Culturkampf in Belgien.

Der Kampf zwischen der Regierung und den Clericalen Belgiens wird in der Brüsseler Kammer von Seite der Liberalen mit Energie und Entschiedenheit, von Seite der Ultramontanen mit den gewohnten Waffen der Lüge und der Heuchelei geführt. So hat der Wortführer der letzteren, der ehemalige Minister Malou, am 19. d. in der Kammer erklärt, daß die Ansicht des Papstes, wie sie in dem Depeschenwechsel der Regierung mit dem Vatican niedergelegt sei, eben nur eine Bestätigung der Ansicht enthalte, daß man ein guter Katholik und ein guter verfassungstreuer Staatsbürger in Belgien sein könne — eine Behauptung, zu welcher das Vorgehen der Ultramontanen gegenüber dem auf verfassungsmäßigem Wege entstandenen Schulgesetze eine hübsche Illustration bildet. Ferner gab Herr Malou eine Statistik zum Besten, die mit so dicken Zahlen für die clericalen Schulen gespickt war, daß für die unter dem Staate stehenden Gemeindeschulen nur ein ganz kleiner verschwindender Procentsatz übrig blieb. Er schien von der Richtigkeit seines Rechenexempels so überzeugt zu sein, daß er sich bis zu dem Satze verstieg: „Und wenn dem so ist, so werde ich, wie es zwanzigmal in England geschehen, eine parlamentarische Enquete über die Lage des Elementarunterrichts in Belgien beantragen.“ Die Partei des Redners sollte diesen Worten großen Beifall; aber als auch die ganze Linke und sogar der Ministertisch mit einstimmte und als sogar der Tag bestimmt werden sollte, an welchem der Antrag einzubringen sei, da zog sich Malou schlau zurück und sagte, er habe nichts vorgeschlagen. Man wird ihn aber beim Worte nehmen und zwingen, seine Schulstatistik durch einen parlamentarischen Ausschuss prüfen zu lassen.

Daß die liberale Partei einem solchen perfiden Gegner gegenüber zu den rücksichtslosesten Maßregeln rüth, ist völlig gerechtfertigt. Besonders beachtenswert ist in dieser Beziehung die Rede, in welcher der Abgeordnete Goblet am 20. d. einen Antrag auf Verminderung der Dotationen für die Bischöfe, auf Streichung der Staatsbeiträge für das bischöfliche Schulwesen und auf Herbeiziehung der Cleriker zum Militärdienste ankündigt:

Der von der Geistlichkeit gegen die Staatseinrichtungen geführte Krieg sei schon Grundes genug, das ganze Cultusbudget zu streichen; die Regierung habe die Macht, die Auffässigen zur Vernunft zu bringen, und die Pflicht, den terrorisirten Landbewohner gegen den Priester zu schützen. — Der Justizminister Bara bemerkte darauf, die vorgeschlagenen Maßregeln seien immerhin zulässig, aber

nicht zweckmäßig; denn der Geistlichkeit sei nichts lieber, als wenn sie sich als Märtyrer aufspielen könne, und sie wisse auch recht gut, daß ihr das Geld, das der Staat ihr verweigere, von alten frommen Leuten ersetzt werde. Doch bemerkte der Minister, daß die Beschäftigung der Priester mit Politik und Schule, für welche sie doch vom Staate nicht bezahlt seien, den Beweis liefere, daß sie viel freie Zeit hätten und daß demgemäß die Zahl der Priester vermindert werden müsse. In diesem Sinne habe er (der Minister) auch bereits den Coadjutoren, die sich mit freiem Unterrichte befassen, angezeigt, daß ihr Gehalt nicht mehr werde gezahlt werden. Weitere Maßregeln glaube die Regierung augenblicklich nicht ergreifen zu sollen.

Allem Anscheine nach beabsichtigt die Regierung, um jedem Verdachte eines willkürlichen Vorgehens vorzubeugen, sich von der liberalen Kammermajorität schieben zu lassen. Sie kann dabei auf die vorhandene Erbitterung in den liberalen Kreisen rechnen, welche besonders durch die von ultramontanen Blättern gebrachte Nachricht vermehrt wird, daß Instructionen des Papstes an die Bischöfe vorhanden seien, welche zu den Mittheilungen der diplomatischen Konferenz in schroffstem Widerspruche stünden. Auch der Führer der Linken in der belgischen Kammer, Paul Janzon, hat in einer vorgestern abgehaltenen Wählerversammlung erklärt, daß er Kenntnis von der Existenz eines päpstlichen Briefes habe, welcher die volle Uebereinstimmung Leo XIII. mit den belgischen Bischöfen betreffs der Schulfrage ausspricht. Janzon erklärte, es erübrige Frère-Orban nur, vor die Kammer zu treten und zu sagen: „Ich habe das Meinige gethan, thun Sie das Ihrige, brechen Sie mit dem Vatican.“ — Die „Independance Belge“ erklärt denn auch, daß die Regierung infolge der erwähnten Gerüchte über das Vorhandensein geheimer Instructionen für die belgischen Bischöfe neue Erklärungen von der römischen Curie zu verlangen beabsichtige. Man kann mit Recht auf das Resultat des von der „Independance“ angekündigten Schrittes gespannt sein. Entweder muß der Papst erklären, daß diese Gerüchte einer jeden Berechtigung entbehren, und dadurch die Ultramontanen Belgiens zu frechen Lügern stempeln, oder er wird durch eine ausweichende Antwort den Verdacht rechtfertigen, daß die Behauptungen der Clericalen auf Wahrheit beruhen. In beiden Fällen dürften sich die Freunde Malous auf ein entschiedenes Vorgehen der Regierung gefaßt machen, und steht demnach der Ausbruch des Culturkampfes in Belgien in nächster Aussicht.

Nach Berliner Telegrammen sollen in der Frage der Anerkennung Rumäniens noch Garantien erwartet werden, daß Rumänien das in dem bekannten Votum der Kammern ausgesprochene Princip auch zur Ausführung bringen werde. Man zweifelt nicht, daß Rumänien diese Garantien gewähren und die Anerkennung alsdann in nicht ferner Zeit werde verwirklicht werden. Der Umstand, daß die Eisenbahnfrage von einigen Seiten mit dieser Angelegenheit in Verbindung gebracht wurde, wird dadurch erklärt, daß nach der Auffassung mehrerer Regierungen ein kleiner Staat ohne die Verfügung über seine Eisenbahnen seine Unabhängigkeit nicht leicht zu behaupten imstande sei.

Wie man aus Rom vom 23. d. telegraphiert, gilt es als nahezu feststehend, daß in dem neuen Cabinet Cairoli das Präsidium und die auswärtigen Angelegenheiten, Depretis das Innere, Villa die Justiz, Vaccarini die öffentlichen Arbeiten und Magliani die Finanzen übernehmen werden. Als künftiger Kriegsminister wird General Luigi Mezzacapo genannt.

Die Behandlung der nach Bulgarien zurückkehrenden Muselmänner durch ihre christlichen Mitbürger und die Mandatare der bulgarischen Regie-

rung gibt noch immer zu ersten Klagen Veranlassung. So hat der Commandant von Röstendil einer größeren Zahl von Emigrierten die Rückkehr verweigert und auf erhobene Beschwerden erwidert, er handle auf Befehl des Fürsten von Bulgarien. Die Einwanderer, ohne Obdach und Nahrung, irren jetzt in der Umgegend von Palanka umher. Ebenso telegraphierte der Gouverneur von Salonichi, daß die Bulgaren an der Grenze die Rückkehr der ausgewanderten Muselmänner verhindern. Die Pforte hat diese und ähnliche Vorgänge zur Kenntnis des Agenten Bulgariens gebracht und gegen diese handgreifliche Verletzung des Berliner Friedens protestiert.

Die Pforte hat durch ihre rasche Nachgiebigkeit gegenüber den Forderungen Englands nicht nur die drohenden Schwierigkeiten des Augenblicks beseitigt, sondern scheint auch in der That bestrebt zu sein, sich mit England auf einen guten Fuß zu stellen. Darauf weist unter anderem ein Telegramm hin, nach welchem man in Constantinopel bemüht ist, England vor dem Mißtrauen der Mächte in Schutz zu nehmen. Das betreffende Telegramm dementiert die in fremden Blättern verbreitete Nachricht, daß die Pforte mit der englischen Regierung wegen Verkaufs oder Cession von Häfen im Schwarzen Meere, speciell am Bosporus und in der Nähe Batums, in Unterhandlung stehe, und sagt, daß diese Nachricht vielleicht russischerseits in die Welt gesetzt worden sei, um gegen England Mißtrauen wachzurufen. — Worüber man jedoch in England wenig erbaut ist, das ist die Ernennung Baker Paschas zum Inspector der Reformen in Kleinasien. Baker Pascha ist Engländer und man erinnert sich allenthalben noch des Aulasses, wegen welches seinerzeit ein gewisser Valentine Baker, Oberst beim siebenten Husarenregimente insam cassirt wurde. Es handelte sich um einen unsittlichen Angriff in einem Eisenbahnwaggon gegen ein junges Mädchen. Oberst Baker wurde auf besonderen Befehl der Königin cassirt und von dem Richter zu achtzehn Monaten Arrests verurtheilt. Daß gerade dieser Mann dazu bestimmt ist, die Türkei zu reformieren, klingt allerdings wie eine Ironie. Doch soll der ehemalige englische Oberst — darin stimmen alle überein — ein ungewöhnliches Organisationstalent besitzen.

Vermischtes.

— Unterstandlose in Wien. Samstag nachts haben sich im Polizei-Gefangenhause in der Sterngasse 70 Personen, durchgehends nach Wien zuständig, unterstandlos gemeldet, darunter viele, welche früher dieses Asyl noch nicht aufgesucht hatten. 17 Personen wurden in derselben Nacht im Stadtbezirke wegen Unterstandlosigkeit aufgegriffen und gleichfalls im Polizei-Gefangenhause untergebracht. Eine so große Anzahl von Unterstandlosen ist seit vielen Jahren nicht vorgekommen, und es wäre wohl der Mühe wert, zu untersuchen, aus welchem Grunde gerade jetzt sich so viele gemeldet haben.

— Ein unaufgeklärter Fall. Vorige Woche wurde von Genf aus gemeldet, daß auch aus dem dortigen Zuchthause, dem sogenannten „Evêché“, ein Verbrecher Namens Menassade ausgebrochen sei. Jetzt stellt sich heraus, daß diese ganze Ausbrechergeschichte auf eine Täuschung hinausläuft, welche der Genannte sich dem Gefangenwärterpersonal, der Polizei und dem Publicum gegenüber erlaubt hat. Menassade hatte das „Evêché“ gar nicht verlassen, sondern sich seit Sonntag vor acht Tagen im Arbitsoale unter dem Sitz des Aufsehers versteckt gehalten, und die ganze Zeit blieb er vollständig bewegungslos. Kein Häuspern, nicht das geringste Geräusch. Wie konnte er dies die lange Zeit aushalten? Dies ist das noch aufzuklärende Geheimnis. Nur nachts will er seinen unbequemen Aufenthalt verlassen und an einer Strickleiter gearbeitet haben, zu der das notwendige Material

sich im Arbeitsaal vorfand. Seine Nahrung sollen einige Stückchen Brot gewesen sein, welche er den anderen Gefangenen weggenommen haben will.

Local- und Provinzial-Angelegenheiten.

Aus dem Gemeinderathe.

An der gestern abgehaltenen Sitzung des Gemeinderathes nahmen 20 Mitglieder der Gemeindevertretung Theil. Den Vorsitz führte Bürgermeister Paschan.

Vor Beginn der programmäßigen Verhandlungsgegenstände wurde vom **H. Dr. v. Dreo** ein Dringlichkeitsantrag gestellt und von der Versammlung einstimmig zum Beschlusse erhoben, an das Abgeordnetenhaus des Reichsrathes eine Petition um den Bau der Unterkrainger Bahn zu richten.

Zum ersten Punkte der Tagesordnung: "Berichte der Personal- und Rechtssection über den Recurs der Marienbruderschaft wider die magistratische Anforderung der Todten-Beschau- und Beschreibgebühren von bei der Bruderschaft für die Beerdigung versicherten Personen referierte **H. Dr. Ritter von Kaltenecker** und beantragte, dem Recurse insoferne Folge zu geben, als in Zukunft die Todtenbeschau- und Beschreibgebühren nicht mehr von der Marienbruderschaft als solcher, sondern aus der Verlassenschaft, beziehungsweise von den Anverwandten des betreffenden Bruderschaftsmitgliedes bezahlt werden sollen.

Weiters erstattete **H. Hofrath N. v. Kaltenecker** den Bericht der Rechtssection über eine an das Abgeordnetenhaus zu richtende Petition um einige Aenderungen des Wehrgesetzes. Wie bereits bekannt ist und wie auch vom Referenten neuerdings in Erinnerung gebracht wurde, wurde die Anregung zu einer solchen Petition vom Grazer Gemeinderathe gegeben, welcher den Beschlusse fasste, dem Abgeordnetenhaus in einer ausführlich motivierten Bittschrift die Wünsche der Bevölkerung betreffs einer weiteren Ausdehnung des Instituts der Einjährig-Freiwilligen und einiger Erleichterungen der Pflichten des Landwehr- und Reservebediensteten kundzugeben und auch andere Gemeindevertretungen zu ähnlichen Petitionen an die Volksvertretung zu veranlassen. Berichterstatter gab unter detaillierter Würdigung aller vom Grazer Gemeinderathe in Vorschlag gebrachten Erleichterungen das Gutachten der Rechtssection dahin ab, dass letztere in Anerkennung der Vortheile, welche eine Durchführung dieser Erleichterungsvorschläge der Bevölkerung bringen müsse, keinen Anstand nehme, dem Laibacher Gemeinderathe eine Ausübung des ihm zustehenden Petitionsrechtes in der ange deuteten Richtung anzuzufempfehlen.

Gegen den Antrag **H. v. Kalteneckers**, der Laibacher Gemeinderath, möge der Aufforderung der Grazer Gemeindevertretung Folge gebend, sich der Petition um die ange deutete theilweise Abänderung des Wehrgesetzes anschließen, nahm **H. R. Baurath Potočnik** das Wort, um in langer, häufig vom Thema abschweifender Rede die Behauptung aufzustellen, dass der Gemeinderath durch eine solche Petition seinen Wirkungskreis überschreiten würde, und erlaubte sich bei dieser Gelegenheit auch einen an dieser Stelle ganz ungehörigen Ausfall gegen den constitutionellen Verein, welcher sich nach seiner Meinung durch seine letzte Resolution lächerlich gemacht habe. Redner kommt schließlich zu dem Satze, dass Dinge, welche den Gegenstand der Beschlussfassung im Reichsrathe bilden, nicht in der Gemeindevertretung zu behandeln seien, und dass namentlich jedes Uebergreifen derselben auf politisches Gebiet strenge zu vermeiden sei. Sollte aber die Majorität die beantragte Petition dennoch beschließen, so werde er und seine Gesinnungsgenossen eine Minoritätsadresse an das Abgeordnetenhaus richten, in welcher sie gegen das Vorgehen der Majorität Verwahrung einlegen werden.

H. Petričič schließt sich dem Antrage seines Vorredners auf Uebergang zur Tagesordnung, beziehungsweise Ablehnung des Vorschlages auf Absendung einer Petition vollinhaltlich an. Weil er aber der Ansicht ist, dass die Regierung in der Wehrfrage nur das Wohl des Reiches und der Bevölkerung zur Grundlage ihrer Handlungsweise machen werde, so beantragt er am Schlusse seiner ziemlich zersahrenden Auseinandersetzung, an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe eine Vertrauensadresse zu richten.

H. Regali ist mit dem Gesagten ganz einverstanden und wundert sich nur, dass man die Einbringung der debattierten Petition erst unter dem jetzigen Ministerium und nicht schon früher beantragt habe.

Diesen Ausführungen der nationalen Gemeindevertreter tritt **H. Dr. Suppan** in scharfer Beweisführung entgegen, indem er zunächst seinen unmittelbaren Vorredner aufmerksam macht, dass eine frühere Petition deshalb ganz erfolglos gewesen wäre, weil das Wehrgesetz eine zehnjährige Gültigkeitsdauer besitzt und vor deren Ablauf jeder Wunsch auf Abänderung überflüssig und vergeblich sein mußte. Jetzt dagegen sei der Moment hierfür gegeben, und es sei ganz unrichtig, wenn, wie **H. Potočnik** behauptet, in der projectierten Petition ein Uebergreifen der Gemeindevertretung auf politisches Gebiet gefunden wird. Die vorgeschlagenen Aenderungen haben mit der politischen Tragweite des Wehrgesetzes gar nichts zu thun. Redner kommt sodann in schlagender Wendung auf den Gegensatz zu sprechen, welcher sich in den Anträgen der Gemeinderäthe **Potočnik** und **Petričič** kundgebe. Während ersterer eine politische ganz harmlose Petition deshalb perhorrescirt, weil sie seiner Meinung nach einen politischen Beigeschmack besitzt, will dessen Gesinnungsgenosse durch ein Vertrauensvotum für den Ministerpräsidenten Taaffe eine eminent politische Kundgebung der Gemeindevertretung provocieren. Was die Hereinbeziehung des constitutionellen Vereines in die Debatte anbelange, so könne er darüber um so leichter hinweggehen, als die dem Urtheile **Potočniks** zugrunde liegende Verdrehung der letzten Vereinsbeschlüsse eben nicht das erstemal von nationaler Seite ausgeübt wurde.

Nochmals ergreift **H. Petričič** das Wort, um zu erklären, dass das Ministerium zu viel zu thun habe, um das gerade zu machen, was unter der früheren Regierung trumm gemacht worden war, und dass man es in dieser seiner Arbeit nicht durch Petitionen stören dürfe.

H. Dr. Schaffer macht darauf aufmerksam, dass für den Fall, als nach **Potočniks** Meinung Angelegenheiten, welche der Kompetenz des Parlamentes angehören, nicht zum Gegenstande gemeinderäthlicher Petitionen gemacht werden dürften, auch die Petition um den Bau der Unterkrainger Bahn als Kompetenzüberschreitung angesehen werden müßte.

H. Dr. v. Schrey tritt in entschiedener Weise für die Wahrung des Petitionsrechtes der Gemeindevertretung ein. Zudem habe die beanständete Petition keinerlei politischen Beigeschmack. Wenn sie einen solchen im Laufe der Debatte erhalten sollte, so sei er einzig und allein durch den **H. Potočnik** hineingetragen worden, welcher darin einen Angriff auf die Thätigkeit eines ihm zusagenden Ministeriums erblickt.

H. Deschmann vertritt den Antrag der Rechtssection vom Standpunkte der Bevölkerung aus, welche namentlich eine Zugänglichmachung des Einjährigendienstes mit größter Freude begrüßen würde. Der Gewerbsmann, der Landwirt, welcher seinem Sohne eine höhere sachliche Ausbildung geben läßt, wäre gewiß nur dankbar, wenn das Recht zum Dienste als Einjährig-Freiwilliger nicht bloß den Abiturienten des Gymnasiums und der Realschulen, sondern auch den Besuchern der Handelschulen, gewerblicher und landwirtschaftlicher Fachschulen zugewendet würde. Redner verweist auf die geringe

Frequenz der Weinbauschule, welche zum großen Theil dem Umstande zuzuschreiben sei, weil selbst der intelligentere Landwirt sich scheue, seinen Sohn die Schule besuchen zu lassen, um ihn nachher noch auf drei Jahre der Armee abtreten zu müssen...

H. Potočnik bestätigt durch seine nun folgende, ostentativ abgegebene Erklärung, dass er zu dem derzeitigen Ministerium und zu dem jetzigen Abgeordnetenhaus, in welchem so viele Capacitäten sitzen, volles Vertrauen bestze, die Bemerkung **H. v. Schreys**, dass er es sei, welcher die Petitionsfrage zu einer politischen Vertrauensfrage machen wolle. Die weiteren Auslassungen **Potočniks**, dass man die Regierung und den Reichsrath bei der bevorstehenden Entscheidung über das Wehrgesetz nicht beirren dürfe, geben dem **H. Dr. Suppan** Veranlassung, nochmals darauf zu verweisen, dass die Abänderungen, welche in der Petition verlangt werden, mit der demnächst bevorstehenden parlamentarischen Entscheidung über die Kriegsstärke der Armee gar nichts zu thun haben, und dass daher nur Aukentnis der Sachlage oder eine absichtliche Verdrehung zu der Behauptung führen könne, der Gemeinderath wolle durch diese Petition gegen die Wehrgesetzvorlage der Regierung Opposition machen.

Referent **H. v. Kaltenecker** kann nicht umhin, seiner Verwunderung darüber Ausdruck zu geben, dass in dem Sectionsantrage auf Abjendung der in Rede stehenden Petition politische Motive gewittert werden können, und setzt in eingehender Weise auseinander, dass der Gemeinderath durch die Genehmigung des Antrags nur von einem ihm zustehenden Rechte Gebrauch mache. Er zweifle durchaus nicht daran, dass im Abgeordnetenhaus Männer von großer Capacität sitzen. Wenn sich aber die Bevölkerung immer nur auf die Zweckdienlichkeit der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses verlassen wolle, so wären Petitionen überhaupt ganz überflüssig. Sache der Gemeindevertretung ist es aber und müsse es sein, die Interessen der Bevölkerung an maßgebender Stelle stets in Erinnerung zu halten und deren Wünsche zur rechten Zeit am rechten Orte anzubringen. Und diese Erwägung sei es auch einzig und allein gewesen, welche dem Antrage der Section zugrunde lag. Oder vermöge man wohl die Vortheile zu leugnen, welche dem Bürger daraus erwachsen, wenn seine erwerbsfähigen Söhne durch den Militärdienst kürzere Zeit als bisher der productiven Arbeit entzogen werden? Darauf laufe aber der Endzweck der vorgeschlagenen Petition hinaus, welche er gegen jeden Verdacht einer Ueberschreitung der gemeinderäthlichen Competenz in Schutz nehmen müsse.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag des **H. Potočnik** auf Ablehnung des Antrags zur Entsendung einer Petition im besprochenen Sinne mit allen gegen vier Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag des **H. Petričič** auf Abfassung einer Vertrauensadresse für den Grafen Taaffe, und der Antrag der Section mit allen gegen vier nationale Stimmen genehmigt.

(Schluß folgt.)

* * *

— (Ein netter Herr Pfarrer.) Herr Lukas Ales, Pfarrer in Preska, scheint zu der Zahl jener Diener des Herrn zu gehören, welche, das Wort der Bibel verdrehend, das Nehmen für zu trüglicher als das Geben halten. Wenigstens wurde ihm in einem „Eingefendet“ des „Slovenski Narod“ vom 9. Mai d. J. von mehreren seiner Kirchenkinder der Vorwurf gemacht, dass er mit dem Kirchenvermögen unredlich gebare und außerdem Personen, die ihm nicht genehm sind, ohne weiteres mit Ohrfeigen und Prügeln traktiere. Darauf hin sah sich der Herr Pfarrer veranlaßt, gegen die Urheber dieses „Eingefendet“ die Klage wegen Ehrenbeleidigung, begangen durch die Presse, zu erheben und die Grundbesitzer **Evajner Georg**, **Martin Rošenina** und **Blaz Mat** vor die Schranken des hiesigen

Schwurgerichtes zu citieren. Heute Vormittag hat nun vor den Laibacher Geschwornen und dem unter Vorsitz des O. B. Kaprez konstituierten Richtercollegium die Verhandlung gegen die erwähnten, von Dr. Mosché vertheidigten Angeklagten begonnen. Als Ankläger fungierte Lukas Aless, Pfarrer in Preska, und in dessen Vertretung der pens. Bezirksvorsteher Konfschegg.

Vor Vernehmung der Angeklagten meldet sich der Vertheidiger Dr. Mosché zum Wort, um die Entfernung des im Zuschauertraume befindlichen gegnerischen Zeugen Jamnik zu verlangen, welchem Wünsche denn auch stattgegeben wird.

Aufgerufen, sich über die zur Verlesung gebrachte Anklage zu äußern, erklärt zunächst Bürgermeister Georg Wajner, dass er sich keineswegs schuldig fühle, da sämtliche gegen den Pfarrer erhobenen Vorwürfe auf voller Wahrheit beruhen. Namentlich behauptet er, dass im Jahre acht bis zehn Opfer für kirchliche Zwecke stattfinden, ohne dass für die Kirche etwas geschehe. Im Gegentheil werde dieselbe arg vernachlässigt, so zwar, dass der Regen bereits in den Innerraum des Gotteshauses einzudringen vermag. Ferner beschuldigt der Angeklagte den Pfarrer eines förmlichen Schacherns mit den Kirchenstühlen, welche dieser verkaufe, ohne Rücksicht darauf, dass sie schon oft Eigenthum dritter Personen sind. Von einer Rückerstattung des von letzteren bereits gezahlten Kaufschillings ist bei dem neuen Verkaufe der Kirchenstühle keine Rede. Dass der Herr Pfarrer dieses Geschäft nicht ohne kaufmännische Routine betreibt, geht daraus hervor, dass im Laufe seiner Amtierung der Preis eines Kirchenstuhls von 2 bis 3 fl. bis auf 10 fl. gestiegen ist. Betreffs der Manie des Pfarrers, sich mißliebigen Persönlichkeiten gegenüber als großer Kämpfer vor dem Herrn zu zeigen, deponiert der Angeklagte, dass er unter anderen einen gewissen Anton Kaiser blutig geschlagen habe.

Der zweite Angeklagte, Martin Kosenina, Gemeinderath, bestätigt die Aussage des Bürgermeisters und erwähnt ferner, dass sie für ihre Person nichts gegen den Pfarrer gehabt hätten. Doch hätten sie sich durch die fortwährenden Klagen von Leuten, denen die Kirchenstühle genommen wurden oder die von Pfarrershand durchgeprügelt worden waren, bestimmt gefunden, die Sache der Deffentlichkeit zu übergeben. Angeklagter erzählt, dass sie schon öfter beim Bischof gewesen seien, dass dieser das Unrecht, welches der Gemeinde geschehe, eingesehen und Abhilfe versprochen habe. Erst als dieses Versprechen nicht gehalten wurde, haben sie den Weg der Deffentlichkeit betreten.

Der dritte Angeklagte, Blaz Mraz, bestätigt die Aussagen seiner Mitangeklagten.

Der Ankläger, Pfarrer Aless, behauptet, dass eigentlich nur vier Opfer stattfinden, und will die an sechs Festtagen je zweimal stattfindenden Opfer nicht als solche gelten lassen.

Zeuge Kaučič, Postmeister in Zwischenwässern, bestätigt, dass jährlich 8 Opfer regelmäßig für die Kirchenbedürfnisse noch zu besonderen Zwecken abgehalten werden. Das Geld habe der Pfarrer in Empfang genommen, jedoch sei dafür nichts geschehen. Glocken wurden zwar angeschafft, jedoch mußten dieselben von den Gemeindegliedern besonders bezahlt werden. Früher hatte die Kirche Vermögen, jetzt habe sie nichts und sei im schlechtesten Bauzustande. Dem Zeugen wurde der Kirchenstuhl gleichfalls genommen, und zwar, wie er angibt, deshalb, weil er sich bei des Pfarrers Köchin mißlieblich gemacht habe. Zeuge erzählt ferner, dass er auch schon bei beiden Bischöfen sich vergeblich beschwert habe, namentlich deshalb, weil die Ortsinsassen nicht die Köchin als Pfarrer haben wollen.

Den Schluß der Verhandlung, welche heute Mittag unterbrochen wurde und nachmittags fortgesetzt wird, bringen wir in unserem morgigen Blatte.

— (Bankett.) Zur Begrüßung des auf dem Durchmarsche nach Dedenburg heute morgens in Laibach eingetroffenen vaterländischen Jägerbataillons Nr. 19 veranstaltet die hiesige Bürgererschaft heute um 8 Uhr abends im geschlossenen Salon des Hotels „Europa“ ein Bankett, zu dem das gesammte Officiercorps des genannten Bataillons geladen wurde.

— (Concert.) Im Laufe dieser Woche wird die Pianistin Gräfin Mathilde Schmellow-Gyertyanffy unter Mitwirkung der Opernsängerin Adeline Voladini und ihres sechsjährigen Töchterleins Comtesse Desiré Schmellow in Laibach concertieren. Frau Gräfin Schmellow erfreut sich eines durch ihre Concerte im In- und Auslande gefestigten Rufes als Meisterin des Pianos, und die kleine Künstlerin Desiré hat namentlich im Laufe dieses Sommers zu Baden-Baden vor hohen und höchsten Herrschaften große Anerkennung für ihre Leistungen gefunden.

— (Vorlesung.) Wie uns von verlässlicher Seite mitgetheilt wird, beabsichtigt der als Essayist und Vorleser rühmlichst bekannte Orientreisende Ritter von Vincenti am 12. Dezember in Laibach eine Vorlesung über die „Todtenarawaneu der Perser und Inder“ zu halten. Abgesehen von dem Rufe des als Schriftsteller und Gelehrter gleich hoch zu schätzenden gründlichen Kenners der orientalischen Verhältnisse ist das eben erwähnte Thema ein solches, welches schon im vorhinein des regsten Interesses der intelligenten Gesellschaftskreise gewiss sein kann.

— († Graf Barbo) ist am Sonntag den 23. d. M., um 5 Uhr nachmittags, in Wien gestorben.

Witterung.

Laibach, 25. November.

Anhaltend trübe, Regen, schwacher Ost. Wärme: morgens 7 Uhr + 3.8°, nachmittags 2 Uhr + 3.0° C. (1878 + 10.2°; 1877 + 7.8° C.) Barometer im Steigen, 735.50 Millimeter. Das gestrige Tagesmittel der Wärme + 8.0°, um 5.1° über dem Normale; der gestrige Niederschlag 50.00 Millimeter Regen.

Angekommene Fremde

am 24. November.

Hotel Stadt Wien. Segnan, Trieste. — Feigl, Kellermann, Thimmler und Rhon, Kiste, Wien. — Widlitz, t. t. Oberförster, Radmannsdorf. — Durstmüller, Brunn. Hotel Elephant. Svetec, Notar, Littai. — Dr. Jakopic, Advocat, und Goriup, Görz. — Lichtenecker, Hausbesitzer, Wien. — Euler, Rfm., Bradford. — Rozian Fanny, Siffel. — Faber, Cand. d. Philos., München. — Hudobits, Senatorsgattin, Agram. — Krainz, Ingenieur, Budapest. — Demberger, Neumarkt. — Bertic, Kaplan, Billighgraz. — Münster, Büchsenmacher, Capodistria. Mohren. Semiz, Zudenburg. Bayerischer Hof. Kleinlercher, Fabrikant, und Weider, Domjale. — Kaucic, Obertrain.

Theater.

Heute (ungerader Tag):

Leptes Gaitspiel des Fr. Lori Stubel.

Drei Paar Schuhe.

Posse in 3 Acten von Verla. Musik von Millöder.

Telegraphischer Coursbericht

am 25. November.

Papier-Rente 68.35. — Silber-Rente 70.90. — Gold-Rente 80.45. — 1860er Staats-Anlehen 128.25. — Bankactien 838. — Creditactien 272.80. — London 116.55. — Silber —. — R. f. Münzducaten 5.52. — 20-Francs-Stüde 9.30. — 100 Reichsmark 57.60.

Aleppo, beste schwarze Schreibstinte.

Reiner Gallusextract unter Garantie des Fabrikanten. Vorräthig bei (412) 54—37

Carl S. Till, Natter der Französisch Nr. 2.

Gedenktafel
über die am 27. November 1879 stattfindenden Citationen.

2. Feilb, Hauptmann'sche Real, Sittich, B. Sittich.
— 3. Feilb, Srebotnik'sche Real, Lugna, B. Adelsberg. — 1. Feilb, Pavlov'sche Real, Palje, B. Adelsberg. — 1. Feilb, Janovit'sche Real, Kal, B. Adelsberg. — 1. Feilb, Stalzer'sche Real, Moschel, B. Rudolfswert. — 1. Feilb, Wehatsche Real, Tomasdorf, B. Rudolfswert

Visitkarten

in hübscher Ausstattung empfohlen

Kleinmayr & Bamberg.

2 Commis,
360 fl., ganze Station, 720 fl. frz.

1 Comptoirist,
800 fl.,

1 Magazineur,
750 fl., freie Wohnung,

2 Buchhalter,
900 fl., 1400 fl.,

1 Reisender,
Colonialbr., 1200 fl.,

1 erster Commis,
Manufactur- und färbige Damastware,

werden für Prima-Firmen placiert durch den Wiener kaufmännischen Verein „Austria“ in Wien, IX., Rusdorsferstraße 14. Offerte mit Retourmarke. (565) 3-3

Man biete dem Glücke die Hand!

400,000 Mark

Hauptgewinn im günstigsten Falle bietet die **allerneueste grosse Geldverlosung**, welche von der **hohen Regierung** genehmigt und garantiert ist.

Die vortheilhafte Einrichtung des neuen Planes ist derart, dass im Laufe von wenigen Monaten durch 7 Verlosungen **49,000 Gewinne** zur sicheren Entscheidung kommen, darunter befinden sich Haupttreffer von eventuell Mark **400,000**, speciell aber

1 Gewinn à M. 250,000,	1 Gew. à M. 12,000,
1 Gewinn à M. 150,000,	24 Gew. à M. 10,000,
1 Gewinn à M. 100,000,	5 Gew. à M. 8,000,
1 Gewinn à M. 60,000,	54 Gew. à M. 5,000,
1 Gewinn à M. 50,000,	65 Gew. à M. 3,000,
2 Gewinne à M. 40,000,	213 Gew. à M. 2,000,
2 Gewinne à M. 30,000,	631 Gew. à M. 1,000,
5 Gewinne à M. 25,000,	773 Gew. à M. 500,
2 Gewinne à M. 20,000,	950 Gew. à M. 300,
12 Gewinne à M. 15,000,	26,450 Gew. à M. 138 etc.

Die nächste erste Gewinnziehung dieser grossen, vom Staate **garantierten** Geldverlosung ist amtlich festgestellt und findet (467) 27—19

schon am 10. und 11. Dezember d. J. statt

und kostet hierzu

1 ganzes Original-Los nur Mark 6 oder fl. 3.50,
1 halbes " " " 3 " " 1.75,
1 viertel " " " 1 1/2 " " —.90.

Alle Aufträge werden **sofort** gegen **Einsendung, Posteinzahlung oder Nachnahme des Betrages** mit der grössten Sorgfalt ausgeführt, und erhält jedermann von uns die mit dem Staatswappen versehenen **Original-Lose** selbst in Händen.

Den Bestellungen werden die erforderlichen amtlichen Pläne gratis beigelegt, und nach jeder Ziehung senden wir unseren Interessenten unaufgefordert amtliche Listen.

Die Auszahlung der Gewinne erfolgt stets **prompt unter Staatsgarantie** und kann durch directe Zusendungen oder auf Verlangen der Interessenten durch unsere Verbindungen an allen grösseren Plätzen Oesterreichs veranlasst werden.

Unsere Collecte war stets vom Glücke begünstigt, und hatte sich dieselbe **unter vielen anderen bedeutenden Gewinnen oftmals der ersten Haupttreffer** zu erfreuen, die den betreffenden Interessenten direct ausbezahlt wurden.

Vorausichtlich kann bei einem solchen, auf der **solidesten Basis gegründeten Unternehmen** überall auf eine sehr rege Theilnehmung mit Bestimmtheit gerechnet werden, man beliebe daher schon der **nahen Ziehung halber** alle Aufträge **baldest direct** zu richten an

Kaufmann & Simon,

Bank- und Wechselgeschäft in Hamburg, Ein- und Verkauf aller Arten Staatsobligationen, Eisenbahnactien und Anlehenslose.

P. S. Wir danken hierdurch für das uns seither geschenkte Vertrauen, und indem wir bei Beginn der neuen Verlosung zur Theilnehmung einladen, werden wir uns auch fernerhin bestreben, durch stets prompte und reelle Bedienung die volle Zufriedenheit unserer geehrten Interessenten zu erlangen. D. O.